

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
188 · Ausgabe CH · Mai 2020  
AZB 3001 Bern



Patrick Gilliéron Lopreno

# Der Preis der Krise

In Genf stehen Tausende Schlange, um ein Lebensmittelpaket im Wert von 20 Franken zu ergattern.  
Wie sich die SP für Solidarität einsetzt. Ab Seite 4

## KLIMASCHUTZ VS. ARBEITSPLÄTZE

Ist es richtig, dass der Staat für die Swiss einspringt?  
Die Genossen der Gewerkschaft Kapers im Interview. Seite 6

## RISIKOGRUPPE Ü65

Wie Rentnerinnen und Rentner ins falsche Licht gerückt werden –  
die SP 60+ gegen Vorurteile und Missverständnisse. Seite 8

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



Derzeit ist Solidarität Trumpf – noch. Die SP startet darum eine grosse Solidaritätskampagne. Denn Solidarität ist unsere Kernkompetenz, dafür stehen wir seit jeher ein. Jetzt wollen wir für die Solidarität Flagge zeigen – wortwörtlich: Mit dem Bestelltalon auf der letzten Seite kannst du eine Solidaritäts-Fahne bestellen und diese auf deinem Balkon oder vor deinem Fenster hissen. Mit solchen und vielen anderen Aktionen wollen wir dafür sorgen, dass die Solidarität zwischen Jung und Alt, zwischen Risikogruppen und Schulkindern, zwischen ganz unterschiedlichen Bevölkerungs-

gruppen auch in der öffentlichen Wahrnehmung ein bedeutender Wert bleibt, auf dem wir gemeinsam eine Zukunft für alle aufbauen können.

Nichts wäre schlimmer, als wenn man dereinst auf die Zeiten der Pandemie zurückblicken und die solidarischen Massnahmen als «völlig übertriebene Rücksichtnahme» verdammen würde. Auszuschliessen ist das nicht. Wir haben eine solche Umdeutung der Realität bereits einmal erlebt: 2015 hiessen weite Teile Europas Flüchtlinge willkommen. Heute stehen die Staaten in einem Wettlauf um das repressivste Asylgesetz, und «Willkommenskultur» ist zum Schimpfwort avanciert. Wer damals Flüchtlinge mit offenen Armen empfing, wird heute dafür ausgebuht.

Sorgen wir dafür, dass es nicht so weit kommt. Sorgen wir dafür, dass auf Worte Taten folgen und wir unsere Werte in der Politik durchsetzen können – zum Wohle aller. Denn eines lehrt uns die Krise: Unsere Gesellschaft ist stark, wenn wir solidarisch sind. Solidarität ist der Ausweg aus der Krise.

In diesem Sinne: solidarische Grüsse – und danke für die Bestellung einer Fahne.

*Pia Wildberger*

## INHALT

- 4 Der Preis der Krise**  
Wie eine Gastronomin und eine Lädeli-Besitzerin durch die Krise kommen – und was die SP macht.
- 6 Staatshilfe für die Swiss: Arbeitsplätze vs. Klimaschutz?**  
Die Genossen von der Gewerkschaft der Flight Attendants im Interview.
- 8 Das Alter ist anders als es das BAG meint**  
Missverstanden und bisweilen ausgegrenzt: Seniorinnen und Senioren sehen sich anders als es das BAG tut.
- 13 Corona und die Kitas**  
Kinderbetreuung gehört zur Grundversorgung und soll auch so finanziert werden.
- 14 Note ungenügend, Frau Keller-Suter!**  
Die Schweiz sieht sich nicht in der Pflicht, mehr Menschen aus dem Flüchtlingslager Moria aufzunehmen.
- 15 Schwarzenbachab**  
Vor 50 Jahren wurde die Schwarzenbach-Initiative gebodigt. Das Thema spaltet seither die Politik.
- 18 Mitglieder gewinnen, jetzt erst recht**
- 20 Solidaritätsfahne hier bestellen**



Reuters / Thomas Lohnes

Einer der Angeklagten am ersten Prozesstag in Koblenz.

## Aufsteller: Assads Schergen vor Gericht

In Deutschland stehen erstmals zwei mutmassliche Folterknechte des syrischen Diktators Assad vor Gericht. Die beiden hatten in Deutschland um Asyl gebeten und waren von Flüchtlingen erkannt worden. In diesem weltweit ersten Prozess zu Staatsfolter in Syrien werden den beiden mutmasslichen Ex-Geheimdienstfunktionären schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Sie sollen für die Folter zahlreicher Menschen in einer Haftanstalt des Geheimdienstes mitverantwortlich gewesen sein. Ihnen werden laut Anklage Mord in 58 Fällen, Vergewaltigung und schwere sexuelle Nötigung zur Last gelegt. Bis August sind 23 Verhandlungstage angesetzt.

Ab Februar 2011 hatte die syrische Bevölkerung monatelang friedlich gegen Korruption und für bessere Lebensbedingungen demonstriert. Mithilfe der Geheimdienste erstickte das Regime die Demonstrationen jedoch bald in massiver Gewalt.

Nach dem Weltrechtsprinzip, das erstmals angewendet wird, können Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit überall geahndet werden, egal, wo die Taten verübt wurden. Kriegsverbrecher dürfen sich nirgends sicher fühlen.

## Hohe Rüstungsausgaben begünstigen Covid-19

Die Heftigkeit der Corona-Krise steht auch im Zusammenhang mit den weltweiten Rüstungsausgaben. Dies lässt sich anhand von Studien und Zahlen belegen, wie das Geneva Center for Security Policy auf seiner Website schreibt. Einer Studie aus dem Jahre 2018 zufolge führt die Erhöhung der Rüstungsausgaben um 1 Prozent zu einer durchschnittlichen Kürzung der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit um 0,62 Prozent, in ärmeren Ländern gar um 0,96 Prozent. Die Zahlen zu den weltweiten Rüstungsausgaben, die das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) regelmässig erhebt, zeigen die Dimension: 2018 wurden weltweit Rüstungsausgaben für 1822 Milliarden Dollar getätigt (oder 2,6 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts). Gleichzeitig kommen Regierungen unter Druck, weil sie zu wenig in die öffentlichen Gesundheitssysteme investiert haben. Die USA etwa geben jährlich 35,1 Milliarden Dollar für Atomwaffen aus. Das würde reichen, um 300 000 Betten auf Intensivstationen, 35 000 Beatmungsgeräte, 150 000 Pflegenden oder 75 000 Ärzt\_innen zu bezahlen. [gcsp.ch](http://gcsp.ch)

## 11,5 Prozent weniger Lohn für Frauen

Wenn es so weitergeht, dauert es 46 Jahre, bis Frauen gleich viel verdienen wie Männer. Gemäss den Zahlen des Bundesamts für Statistik von Ende April nahm der Unterschied zwischen Frauen- und Männerlöhnen um etwa ein Viertelprozent ab. Dies entspricht der Entwicklung der Vorjahre. Insgesamt belief sich das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern im Jahr 2018 auf 11,5 Prozent. 2016 lag es noch bei 12 und 2014 bei 12,5 Prozent. Geht es in diesem Schneckentempo weiter, werden weitere 46 Jahre verstreichen, bis Männer und Frauen gleiche Löhne erhalten. Im Privatsektor verdienten Frauen 2018 sogar 14,4 Prozent weniger als Männer. Diese geschlechterspezifischen Lohnunterschiede lassen sich bloss teilweise durch strukturelle Merkmale und unterschiedliche Tätigkeiten erklären.

## Standhafte Demonstranten

Der 1. Mai fand dieses Jahr notgedrungen online statt. Viele Genossinnen und Gewerkschafter liessen sich die Solidaritätskundgebung in den sozialen Medien jedoch nicht entgehen. Die Debatten auf Facebook und das Referat des deutschen Juso-Chefs Kevin Kühnert, organisiert vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund und von der SP, fanden regen Zuspruch. Unterhaltsam war auch das Liederprogramm: Neben wunderbaren



Darbietungen von Künstlerinnen sang die SP-Fraktion für die Genossinnen und Genossen die Internationale – nachzuhören auf dem Facebook-Kanal der SP Schweiz.

Einen ganz besonderen 1.-Mai-Umzug verbrachten auch der Berner Genosse Moritz Rapp, 97, und sein Kollege Walter Hub-schmid. «85 Jahre lang war ich immer am Umzug dabei», sagt er, «da will ich nicht darauf verzichten.» So packte der ehemalige Eisenbahner zusammen mit seinem Kollegen wie jedes Jahr die Fahne des SEV. Zu zweit marschierten sie Richtung Bundeshaus. Vor dem Zytglogge wurden sie von der Polizei gestoppt und mussten die Fahne abgeben. «Aber gefallen hat's uns trotzdem.»



# Was die Krise kostet

Seit Beginn der Krise bilden sich in Genf wöchentlich Schlangen mit Tausenden von Menschen, die für ein Gratis-Essenspaket stundenlang anstehen.

**DIE CORONA-KRISE ZEIGT SCHONUNGSLOS DIE FUNKTIONSWEISE, DIE MACHTVERHÄLTNISSE UND AUCH DIE SCHWÄCHEN UNSERES WIRTSCHAFTSSYSTEMS AUF. AUF DIE FRAGE, WER DEN PREIS DER KRISE ZU BEZAHLEN HAT, GIBT ES EINE ETWAS VERKÜRZTE ANTWORT: DAS KAPITAL GEWINNT – DIE ARBEIT BEZAHLT.**

Die Banken haben es elegant geschafft, ihr jetziges und künftiges Kreditausfallrisiko mit den Bundesbürgschaften auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Diese Corona-Kredite schnell und unkompliziert zu ermöglichen, war wirtschaftspolitisch richtig und notwendig. Trotzdem muss benannt werden, wer das Risiko zu tragen hat: Das sind wir.

Die global agierenden Versicherungen haben sich ebenso aus dem Risiko verabschiedet. Sie verweigern (mit wenigen Ausnahmen) die Deckung von Ausfällen durch Betriebsausfall-Versicherungen, die die meisten Betriebe haben und worin Epidemien explizit versichert sind. Die grossen Versicherungen stellen sich auf den Standpunkt, dies sei eine Pandemie und deshalb nicht versichert, weil eine Pandemie global ist und dadurch die Risikodiversifikation nicht greife.

## Eigentümer kommen ungeschoren davon

Das Immobilien-Kapital stiehlt sich ebenso aus der Verantwortung. Vermieter verweigern eine Teilübernahme der Mieten während des Schliessungsgebots. Dies, obwohl bei Geschäftsmieten eine Mietausfall-Risikoprämie von 5 bis 10 Prozent



Jacqueline Badran,  
Nationalrätin ZH

draufgeschlagen wird. Die Mietenden haben den Ausfall also bereits vorfinanziert. Bei den vielen Mischnutzungen, die wir in der Schweiz haben – unten Laden, Restaurant oder Coiffeur, oben Büros und Wohnungen – würden den Vermietern maximal 20 Prozent der Mieteinnahmen entgehen. Bei einem Totalerlass der Geschäftsmieten während zwei Monaten würden den Vermietern 3,3 Prozent der Jahreseinnahmen fehlen. Auf die Lebensdauer einer Immobilie von 100 Jahren hochgerechnet, wäre der Ausfall marginal. Hinzu kommt: Die Hypothekenzinsen – also die Kosten – sind in den letzten zwölf Jahren massiv gesunken, die Geschäftsmieten aber gestiegen.

Auch die sogenannten systemrelevanten Firmen (beispielsweise Swiss, Swissport) rufen umgehend nach staatlicher Unterstützung. Gleichzeitig haben sie in den letzten Jahren mit Aktienrückkäufen zur Erhöhung der Eigenkapitalrendite und mit Rekord-Dividendenausschüttungen die Reserven abgebaut. Als Bedingung für Bürgschaften wird aber nicht etwa eine Beteiligung der Grossaktionäre dieser Firmen (etwa durch Nachschusspflicht) verlangt. Es zeigt sich einmal mehr: Die Gewinne privat, die Verluste dem Staat.

Im Gegensatz dazu verlieren jene, die allein von ihrer Arbeit leben. Zwar haben wir zum Glück die Kurzarbeitsentschädigung. Diese gilt aber grossmehrheitlich nur für Personen mit dem klassischen Lohnausweis, und viele bekommen nur 80 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt. Für Menschen mit tiefen Löhnen ist das nicht existenzsichernd.

## Durch die Maschen gefallen

Anders sieht es bei den hunderttausenden sogenannten Selbständigen aus. Auch die indirekt von Covid-19 Betroffenen sind dank massivem Druck der Linken entschädigungsberechtigt. Doch es fallen immer noch viele durch die Maschen und bekommen keine oder nur eine geringe Entschädigung. In der Debatte wird immer noch behauptet, man könne sich ja verschulden oder müsse sonst halt vom Ersparten leben.

Und so kommt es, dass die alleinerziehende Schwimmlehrerin mit zwei Kindern null Einkünfte hat, weiterhin die Miete für die Nutzung des Hallenbads zahlen muss, 20 Franken Taggeld (Erwerbsersatz) erhält und nun ihre vom Mund abgesparte eiserne Reserve von 15 000 Franken anzapfen muss.

So war das nicht gedacht, als Sozialdemokratie und Gewerkschaften aufbrachen, um mit den Sozialwerken die Menschen von Existenzängsten zu befreien!



Patrick Gilliéron/Lopreno



## Café Boy: Gute Stimmung trotz allem

«Für die Angestellten in der Küche und im Service bedeutete der Lockdown einen markanten Einschnitt», sagt Vivien Jobé vom Zürcher Café Boy. Den Lohn bekamen die Leute wegen der Kurzarbeitsentschädigung nur zu 80 Prozent, und auch das oft substanzielle Trinkgeld fehlte. «Sechs Monate nach der Eröffnung verfügten wir einfach nicht über genügend Reserven, um den 13 Angestellten die Kurzarbeitsentschädigung auf 100 Prozent aufzustocken.» Auch jetzt, nach der Öffnung, ist die Situation ungewiss. Die Mittagsgäste aus den Büros im Quartier bleiben aus, weil sie im Homeoffice arbeiten. So ist das Café Boy derzeit nur abends geöffnet, und auch dann stehen wegen der Abstandsregeln bloss die Hälfte der Plätze zur Verfügung. Auf Wunsch serviert das Personal Essen und Getränke mit Maske und Handschuhen. «Das verlangen bis jetzt die wenigsten Gäste», sagt Jobé. «Und die Stimmung bei Gästen und Personal ist trotz allem sehr gut.» Glück hat das Café Boy mit der Vermieterin, der SP-nahen bonlieu Genossenschaft. Diese hat in Sachen Mietzins Entgegenkommen signalisiert. Der Keller ist aufgeräumt, das Konzept geschärft, die Menükarte erneuert. – «Jetzt muss sich die Situation bessern», sagt Vivien Jobé. «Sonst sind wir gezwungen, fürs Überleben einen Kredit aufzunehmen.» Oder zusätzliche Genossenschafterinnen und Genossenschafter zu finden.

Stimmig essen und trinken:  
Café Boy, Kochstrasse 2, 8004 Zürich



## Happy Ness: «Dann wäre alles verloren»

Ihren Laden für Whisky-Raritäten durfte Franziska Ryser während des Lockdowns offen halten, denn Whisky ist ein Lebensmittel. Aber potenziellen Kundinnen und Kunden ein Schlückchen zum Verkosten anbieten? Fehlangezeige. Ganz abgesehen davon, dass viele in der Krise nicht auf die Idee kamen, dass das kleine, feine Geschäft in Winterthur-Seen offen haben könnte. Kein Wunder, blieb die Kundschaft weg. «Dabei ist es seit der Eröffnung stetig aufwärts gegangen», sagt Franziska Ryser, 62. Und nun das! Die Whisky-Nights mit Live-Musik, die Seminare zu den edlen Tropfen, die Veranstaltungen mit Storytelling – alle Geschäftsfelder brachen von einem Tag auf den anderen weg. «Dieser Rückschlag wird schwer aufzufangen sein», sagt sie. Zumal auch das Whisky-Schiff in Luzern abgesagt wurde und ihr darum zusätzlich Kundschaft fehlen wird. Am eigenen Stand hätte sie Kennern und Kennerinnen die neusten Spezialitäten des Abfüllers Blackadder vorstellen wollen. Dieser Verlust lässt sich auch mit ihrem neuen Online-Shop nicht so schnell wettmachen. Doch Franziska Ryser, langjähriges SP-Mitglied, ist eine Kämpferin. Nach der Scheidung steckte sie ihr Pensionskassengeld in den Laden. «Ich war 58 Jahre alt. Versuch mal, in diesem Alter einen Job zu finden ...», sagt sie vielsagend. Ihr Glück: Sie kommt aus der Hotellerie, kennt viele Produzenten und Importeure persönlich – und versteht von Whisky mehr als die Konkurrenz. Aber sie weiss: «Das Geschäft muss funktionieren, sonst bin ich eine arme alte Frau ohne Zukunftsperspektive. Dann wäre alles verloren. Aber noch gebe ich nicht auf!»

Whisky-Raritäten, Whisky-Nights und Seminare: [happy-ness.ch](http://happy-ness.ch)

## SEI SOLIDARISCH, ZEIGE FLAGGE

Zum Zeichen der Solidarität startet die SP eine grosse Kampagne. Denn der Ausstieg aus der Krise kann uns nur gemeinsam gelingen. Zeige deine Solidarität, bestelle eine kostenlose Fahne mit dem Talon auf der letzten Seite und hänge sie vor dem Fenster auf. Mutig zusammenstehen und Flagge zeigen hilft uns allen, wenn wir darum kämpfen, dass die Corona-Kosten solidarisch finanziert werden.



solidarität  
solidarité  
solidarietà  
solidaridad



# Staatshilfe für die Swiss: Arbeitsplätze vs. Klima?

**DIE FLUGGESELLSCHAFT SWISS BEKOMMT STAATSHILFE UND DIE SP SCHWEIZ KRITISIERT DIE FEHLENDEN KLIMAZIELE. «DAS BEFREMDET UNS SEHR», SAGEN SANDRINE NIKOLIC UND DAVID MARTINEZ, DIE AN DER SPITZE DER GEWERKSCHAFT KAPERS STEHEN. WESHALB, ERKLÄREN DIE BEIDEN SP-MITGLIEDER IM INTERVIEW.**

In einem Instagram-Post kritisierte die SP die Swiss, weil diese dank Steuerprivilegien Milliardengewinne in die Kassen der Lufthansa spülen konnte, heute aber Schweizer Staatshilfe beansprucht. Das stösst vielen sauer auf. Habt ihr dafür kein Verständnis?

*Sandrine Nikolic:* Es ist nicht die Schuld der Angestellten, dass die Swiss seinerzeit für sehr wenig Geld an die Lufthansa verscherbelt wurde. In der Schweiz hängen 190 000 Arbeitsplätze an der Luftfahrt. Die Kritik befremdet uns sehr.

*David Martinez:* Allein die Swiss beschäftigt in der Schweiz 10 000 Leute und hat auch viele Arbeitsplätze geschaffen. Die Lufthansa hat aus der Swiss eine florierende Airline gemacht. Im Alleingang hätte sie das nie geschafft.

Trotzdem ist es doch so, dass die Swiss hohe Gewinne erwirtschaftete und jetzt um Staatshilfe bitten musste.

*Sandrine:* Das hat gute Gründe. In den letzten zehn Jahren wurden zehn Milliarden Franken in die Flotte investiert. Die Flugzeuge gehören der Swiss. Die Fixkosten im Stillstand sind enorm, am Standort Zürich kosten allein die Kabinenmitarbeitenden 30 Millionen Franken im Monat. Hinzu kommen die Kosten für die Wartung und die Überwachung der Flugzeuge, das Hedging des Kerosinpreises. Am besten kommen die

Billig-Airlines aus der Krise, die ihren Angestellten die miserablen Löhne nicht bezahlen.

**Wo liegt das Problem?**

*David:* Die Swiss hat ein Liquiditätsproblem. Eine Airline funktioniert so: Ein Passagier schiesst mit der Buchung der Airline das Geld vor. Dieser Geldfluss ist nun unterbrochen, weil niemand mehr Tickets bucht. Wegen der unsicheren Situation bucht auch niemand ein Ticket für Ende 2020. Es kommt kein Geld mehr rein. Das ist das Dramatische.



**Wie viele Tickets werden denn gebucht?**

*Sandrine:* Normalerweise gibt es 220 000 Buchungen pro Tag. Im März, April lag die Anzahl Buchungen pro Tag im zweistelligen Bereich, zwischen null und zwanzig!

Das entscheidende Thema bei den Wahlen im Herbst war das Klima. Viele Linke haben wenig Verständnis, wenn die Luftfahrt Staatsgarantien beansprucht, ohne dass Klimaziele festgelegt werden.

*David:* Um es klar zu sagen: Es handelt sich um Kredite, die zurückbezahlt werden müssen. Es stimmt, wir sind – wie viele andere auch – in einem Geschäft tätig, das einen gewissen klimatischen Schaden anrichtet. Wir haben aber dennoch das Recht als Arbeitnehmer geschützt zu werden, wir haben

## KAPERS

Die Gewerkschaften Kapers vertritt seit 1971 die Flight Attendants. Der Organisationsgrad dieser Swiss-Angestellten liegt mit 72 Prozent sehr hoch. Entsprechend gross ist auch der Einfluss, den die Gewerkschaft geltend machen kann – mit Erfolg.

[kapers.ch](http://kapers.ch)

Präsiert wird die Vereinigung von Sandrine Nikolic. David Martinez ist Vizepräsident. Beide arbeiten neben ihrer Gewerkschaftsarbeit als Flight Attendants.



Michael Würtenberg

Abflug/Departure		Flughafen Zürich		09:11	
Ziel	Abflug	Fluggesellschaft	Ziel	Abflug	Fluggesellschaft
Prag	09:00	LX	Prag	09:00	LX
Paris CDG	09:05	LX	Paris CDG	09:05	LX
London	09:10	LX	London	09:10	LX
Amsterdam	09:15	LX	Amsterdam	09:15	LX
London	09:20	LX	London	09:20	LX
Prag	09:25	LX	Prag	09:25	LX
Amsterdam	09:30	LX	Amsterdam	09:30	LX
London	09:35	LX	London	09:35	LX
Prag	09:40	LX	Prag	09:40	LX
Amsterdam	09:45	LX	Amsterdam	09:45	LX
London	09:50	LX	London	09:50	LX
Prag	09:55	LX	Prag	09:55	LX
Amsterdam	10:00	LX	Amsterdam	10:00	LX
London	10:05	LX	London	10:05	LX
Prag	10:10	LX	Prag	10:10	LX
Amsterdam	10:15	LX	Amsterdam	10:15	LX
London	10:20	LX	London	10:20	LX
Prag	10:25	LX	Prag	10:25	LX
Amsterdam	10:30	LX	Amsterdam	10:30	LX
London	10:35	LX	London	10:35	LX
Prag	10:40	LX	Prag	10:40	LX
Amsterdam	10:45	LX	Amsterdam	10:45	LX
London	10:50	LX	London	10:50	LX
Prag	10:55	LX	Prag	10:55	LX
Amsterdam	11:00	LX	Amsterdam	11:00	LX
London	11:05	LX	London	11:05	LX
Prag	11:10	LX	Prag	11:10	LX
Amsterdam	11:15	LX	Amsterdam	11:15	LX
London	11:20	LX	London	11:20	LX
Prag	11:25	LX	Prag	11:25	LX
Amsterdam	11:30	LX	Amsterdam	11:30	LX
London	11:35	LX	London	11:35	LX
Prag	11:40	LX	Prag	11:40	LX
Amsterdam	11:45	LX	Amsterdam	11:45	LX
London	11:50	LX	London	11:50	LX
Prag	11:55	LX	Prag	11:55	LX
Amsterdam	12:00	LX	Amsterdam	12:00	LX
London	12:05	LX	London	12:05	LX
Prag	12:10	LX	Prag	12:10	LX
Amsterdam	12:15	LX	Amsterdam	12:15	LX
London	12:20	LX	London	12:20	LX
Prag	12:25	LX	Prag	12:25	LX
Amsterdam	12:30	LX	Amsterdam	12:30	LX
London	12:35	LX	London	12:35	LX
Prag	12:40	LX	Prag	12:40	LX
Amsterdam	12:45	LX	Amsterdam	12:45	LX
London	12:50	LX	London	12:50	LX
Prag	12:55	LX	Prag	12:55	LX
Amsterdam	13:00	LX	Amsterdam	13:00	LX
London	13:05	LX	London	13:05	LX
Prag	13:10	LX	Prag	13:10	LX
Amsterdam	13:15	LX	Amsterdam	13:15	LX
London	13:20	LX	London	13:20	LX
Prag	13:25	LX	Prag	13:25	LX
Amsterdam	13:30	LX	Amsterdam	13:30	LX
London	13:35	LX	London	13:35	LX
Prag	13:40	LX	Prag	13:40	LX
Amsterdam	13:45	LX	Amsterdam	13:45	LX
London	13:50	LX	London	13:50	LX
Prag	13:55	LX	Prag	13:55	LX
Amsterdam	14:00	LX	Amsterdam	14:00	LX
London	14:05	LX	London	14:05	LX
Prag	14:10	LX	Prag	14:10	LX
Amsterdam	14:15	LX	Amsterdam	14:15	LX
London	14:20	LX	London	14:20	LX
Prag	14:25	LX	Prag	14:25	LX
Amsterdam	14:30	LX	Amsterdam	14:30	LX
London	14:35	LX	London	14:35	LX
Prag	14:40	LX	Prag	14:40	LX
Amsterdam	14:45	LX	Amsterdam	14:45	LX
London	14:50	LX	London	14:50	LX
Prag	14:55	LX	Prag	14:55	LX
Amsterdam	15:00	LX	Amsterdam	15:00	LX
London	15:05	LX	London	15:05	LX
Prag	15:10	LX	Prag	15:10	LX
Amsterdam	15:15	LX	Amsterdam	15:15	LX
London	15:20	LX	London	15:20	LX
Prag	15:25	LX	Prag	15:25	LX
Amsterdam	15:30	LX	Amsterdam	15:30	LX
London	15:35	LX	London	15:35	LX
Prag	15:40	LX	Prag	15:40	LX
Amsterdam	15:45	LX	Amsterdam	15:45	LX
London	15:50	LX	London	15:50	LX
Prag	15:55	LX	Prag	15:55	LX
Amsterdam	16:00	LX	Amsterdam	16:00	LX
London	16:05	LX	London	16:05	LX
Prag	16:10	LX	Prag	16:10	LX
Amsterdam	16:15	LX	Amsterdam	16:15	LX
London	16:20	LX	London	16:20	LX
Prag	16:25	LX	Prag	16:25	LX
Amsterdam	16:30	LX	Amsterdam	16:30	LX
London	16:35	LX	London	16:35	LX
Prag	16:40	LX	Prag	16:40	LX
Amsterdam	16:45	LX	Amsterdam	16:45	LX
London	16:50	LX	London	16:50	LX
Prag	16:55	LX	Prag	16:55	LX
Amsterdam	17:00	LX	Amsterdam	17:00	LX
London	17:05	LX	London	17:05	LX
Prag	17:10	LX	Prag	17:10	LX
Amsterdam	17:15	LX	Amsterdam	17:15	LX
London	17:20	LX	London	17:20	LX
Prag	17:25	LX	Prag	17:25	LX
Amsterdam	17:30	LX	Amsterdam	17:30	LX
London	17:35	LX	London	17:35	LX
Prag	17:40	LX	Prag	17:40	LX
Amsterdam	17:45	LX	Amsterdam	17:45	LX
London	17:50	LX	London	17:50	LX
Prag	17:55	LX	Prag	17:55	LX
Amsterdam	18:00	LX	Amsterdam	18:00	LX
London	18:05	LX	London	18:05	LX
Prag	18:10	LX	Prag	18:10	LX
Amsterdam	18:15	LX	Amsterdam	18:15	LX
London	18:20	LX	London	18:20	LX
Prag	18:25	LX	Prag	18:25	LX
Amsterdam	18:30	LX	Amsterdam	18:30	LX
London	18:35	LX	London	18:35	LX
Prag	18:40	LX	Prag	18:40	LX
Amsterdam	18:45	LX	Amsterdam	18:45	LX
London	18:50	LX	London	18:50	LX
Prag	18:55	LX	Prag	18:55	LX
Amsterdam	19:00	LX	Amsterdam	19:00	LX
London	19:05	LX	London	19:05	LX
Prag	19:10	LX	Prag	19:10	LX
Amsterdam	19:15	LX	Amsterdam	19:15	LX
London	19:20	LX	London	19:20	LX
Prag	19:25	LX	Prag	19:25	LX
Amsterdam	19:30	LX	Amsterdam	19:30	LX
London	19:35	LX	London	19:35	LX
Prag	19:40	LX	Prag	19:40	LX
Amsterdam	19:45	LX	Amsterdam	19:45	LX
London	19:50	LX	London	19:50	LX
Prag	19:55	LX	Prag	19:55	LX
Amsterdam	20:00	LX	Amsterdam	20:00	LX
London	20:05	LX	London	20:05	LX
Prag	20:10	LX	Prag	20:10	LX
Amsterdam	20:15	LX	Amsterdam	20:15	LX
London	20:20	LX	London	20:20	LX
Prag	20:25	LX	Prag	20:25	LX
Amsterdam	20:30	LX	Amsterdam	20:30	LX
London	20:35	LX	London	20:35	LX
Prag	20:40	LX	Prag	20:40	LX
Amsterdam	20:45	LX	Amsterdam	20:45	LX
London	20:50	LX	London	20:50	LX
Prag	20:55	LX	Prag	20:55	LX
Amsterdam	21:00	LX	Amsterdam	21:00	LX
London	21:05	LX	London	21:05	LX
Prag	21:10	LX	Prag	21:10	LX
Amsterdam	21:15	LX	Amsterdam	21:15	LX
London	21:20	LX	London	21:20	LX
Prag	21:25	LX	Prag	21:25	LX
Amsterdam	21:30	LX	Amsterdam	21:30	LX
London	21:35	LX	London	21:35	LX
Prag	21:40	LX	Prag	21:40	LX
Amsterdam	21:45	LX	Amsterdam	21:45	LX
London	21:50	LX	London	21:50	LX
Prag	21:55	LX	Prag	21:55	LX
Amsterdam	22:00	LX	Amsterdam	22:00	LX
London	22:05	LX	London	22:05	LX
Prag	22:10	LX	Prag	22:10	LX
Amsterdam	22:15	LX	Amsterdam	22:15	LX
London	22:20	LX	London	22:20	LX
Prag	22:25	LX	Prag	22:25	LX
Amsterdam	22:30	LX	Amsterdam	22:30	LX
London	22:35	LX	London	22:35	LX
Prag	22:40	LX	Prag	22:40	LX
Amsterdam	22:45	LX	Amsterdam	22:45	LX
London	22:50	LX	London	22:50	LX
Prag	22:55	LX	Prag	22:55	LX
Amsterdam	23:00	LX	Amsterdam	23:00	LX
London	23:05	LX	London	23:05	LX
Prag	23:10	LX	Prag	23:10	LX
Amsterdam	23:15	LX	Amsterdam	23:15	LX
London	23:20	LX	London	23:20	LX
Prag	23:25	LX	Prag	23:25	LX
Amsterdam	23:30	LX	Amsterdam	23:30	LX
London	23:35	LX	London	23:35	LX
Prag	23:40	LX	Prag	23:40	LX
Amsterdam	23:45	LX	Amsterdam	23:45	LX
London	23:50	LX	London	23:50	LX
Prag	23:55	LX	Prag	23:55	LX
Amsterdam	00:00	LX	Amsterdam	00:00	LX

Auf einen Blick: Alle Abflüge eines Tages in Zürich-Kloten im April 2020.

und dann würde weniger geflogen. Es würden einfach andere auf den Markt drängen. Dem Klima würde das gar nichts nützen. Wegen der Billig-Airlines würde das bloss die Arbeitnehmenden noch mehr unter Druck setzen.

**Trotz Krise ist das Fliegen derzeit so billig wie nie. Für ein Swiss-Ticket Zürich-New York-Retour bezahlt man an einem beliebigen Tag im Juni 459 Franken.**

*Sandrine:* Wir finden diese Tickets auch zu billig. Aber jetzt wollen alle Airlines um jeden Preis ihre Flugzeuge füllen. Der Preis entspricht nicht dem Wert einer Flugreise. Dies schadet uns. Darum sind auch die Löhne so tief. Die Leidtragenden dieser Preispolitik sind die Arbeitnehmenden.

*David:* Auch vor der Krise waren viele Tickets zu billig. Es stellt sich grundsätzlich die Frage, ob für diese Tickets ein Markt existierte oder ob man einen künstlichen Bedarf schuf. Ich glaube zweiteres. Darum sind die Leute auch so viel geflogen. Es war so billig. Das ist eine sehr bedenkliche Entwicklung. Nichts desto trotz hängen daran auch viele Arbeitsplätze.

**Wie seht ihr die Zukunft der Luftfahrt?**

*David:* Es wird lange dauern, bis wieder geflogen wird wie vor der Krise. Durch das Zwangshomeoffice merken viele Firmen, dass die Sitzung in Hamburg mit morgens hin und abends zurück auch online geht. Die Swiss hat in den letzten Jahren jedes Jahr 400 neue Flight Attendants angestellt. Diese Zahl dürfte sinken.

**Stellt ihr euch auf einen Arbeitskampf ein, sollte es zu einem Stellenabbau kommen?**

*Sandrine:* Solange es die Kurzarbeitsentschädigung gibt, sind wir geschützt. Danach wird es sicher konfliktträchtiger. Darum fordern wir einen Mindestlohn von 4000 Franken pro Monat und eine 13. AHV-Rente. Wir müssen den GAV in der Krise verteidigen, besonders wenn das Unternehmen Milliardenkredite zurückbezahlen muss. Da zählen wir auf die Unterstützung der Politik.

einen Wert. Wir sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Tieflohnssektor, in sozialdemokratischer Tradition.

**Wieviel verdient ein Flight Attendant?**

*Sandrine:* Der Anfangslohn liegt bei 3400 Franken brutto im Monat. 42 Prozent der Flight Attendants der Swiss verdienen weniger als 4000 Franken im Monat. Immerhin haben wir es geschafft, dass die Swiss während der Kurzarbeit die Vollzeitlöhne unter 4000 Franken zu 100 Prozent bezahlt.

**Das ist ein beschämend tiefer Lohn. Aber beschäftigt euch die Klimafrage denn nicht?**

*David:* Wir sorgen uns sehr um das Klima. Fürs Klima muss in die Forschung investiert werden, in die Herstellung von synthetischem Treibstoff und verbrauchsärmeren Flugzeugen. Aber zurzeit wird die Corona-Krise genutzt, um die Klimafrage gegen den Arbeitnehmerschutz auszuspielen. Das ist für uns inakzeptabel. Wir können den Schutz unserer Mitglieder nicht gegen den Schutz des Klimas aufwiegen.

**Wie steht ihr zur Flugticketabgabe?**

*Sandrine:* Wir unterstützen eine Ticketabgabe. Es sollte jedoch eine internationale Lösung sein oder zumindest eine europäische. Wenn die Schweiz im Alleingang eine Ticketabgabe einführt, könnte sie diese im Flughafen Basel nicht durchsetzen. Der Euro-Airport liegt auf französischem Boden. Basel würde zu einem Hort von Billig-Airlines.

*David:* Es ist auch ein Trugschluss zu meinen, man könne die Swiss runterfahren

## STAND PUNKT



Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz und Gemeinderätin in Erstfeld (UR)

## Alte Regeln

1916 schrieb Rosa Luxemburg: «Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen.» Luxemburg analysiert die mörderischen Verheerungen des Ersten Weltkriegs. Unabhängig davon, wer den Krieg gewinne – den Arbeiter\_innen bleibe nur «die hoffnungslose Wahl zwischen zwei Trachten Prügel». Während andere vom Krieg und seinen Geschäften profitieren. Denn jede Krise bietet auch Gelegenheit zum Gewinn.

Am 11. Mai titelte der «Blick» «340 Millionen Franken für Aktionäre, 800 Kündigungen fürs Personal». Die Corona-Krise führte beim Industriekonzern Oerlikon zu Einbrüchen bei Aufträgen und Umsatz, und schliesslich zum angekündigten Stellenabbau. Einen Monat zuvor hatte die Generalversammlung die Dividendenausschüttung genehmigt. «Blick» wirft die Frage auf, weshalb das Geld nicht dazu verwendet werde, möglichst viele Mitarbeitende an Bord zu halten. Aus Sicht des Managements sind die Entlassungen jedoch unumgänglich.

Die schwerverdauliche Kombination von grosszügiger Dividendenzahlung und zahlreichen Kündigungen hat viele Leute verärgert. Die Nachricht wurde in den sozialen Medien breit geteilt – auch von mir. Und zwar zusammen mit dem erwähnten Zitat von Rosa Luxemburg. Prompt wurde ich von einem Freisinnigen harsch kritisiert, der sich am «klassenkämpferischen Duktus» und dem in seinen Augen unpassenden Vergleich störte.

Natürlich sind wir nicht im Krieg. Aber die Aussage von Luxemburg kann viel allgemeiner gelesen werden: In einer Krise profitieren wenige, während viele verlieren. Wie die Geschichte zeigt, sind es immer etwa dieselben, die die Gewinne einstreichen. Und es sind immer etwa dieselben, die auch heute wieder weniger verdienen oder gar ihren Job verlieren. Es wäre schön, wenn wir diese alten Regeln endlich ändern könnten.

Eine andere Regel darf aber gerne ihre Gültigkeit behalten: Wenn dir der Freisinn Klassenkampf vorwirft, hast du wohl einen wunden Punkt getroffen.

# Das Alter ist anders, als es das BAG meint

Verdrängte Realität: Wie sich Seniorinnen und Senioren heute fühlen – aktiv und fit.



Marianne de Mestral,  
Co-Präsidentin SP 60+

**MIT DER CORONA-KRISE WIRD EINMAL MEHR EIN BILD DES ALTERS ZEMENTIERT, DAS LÄNGST NICHT MEHR STIMMT. DAGEGEN SETZT SICH DIE SP 60+ ZUR WEHR.**

Unberechenbarkeit charakterisiert das Virus, verlässliche Erkenntnisse zu Gegenmitteln fehlen. Die Direktiven des Bundes richten sich nach der Verfügbarkeit der Mittel: Fehlen Schutzmasken, sind sie nutzlos. Sind sie in ausreichender Anzahl vorhanden, sind sie sinnvoll. Diesen Widerspruch auszuhalten und ihn als strategische Überlegung anzunehmen, ist praktische Akzeptanz.

Die Erkenntnisse über das Virus entwickeln sich, während präzise Altersangaben fixe Empfehlungen, Verhaltensregeln und Massnahmen für ältere Menschen untermauern. Fast alle SP60+-Genossinnen und -Genossen gelten als Risikopersonen – rund 2080 Mitglieder an der Zahl, viele mit und viele ohne Vorerkrankung. Auch mit Vorerkrankungen lässt sich gut und normal leben. Nicht mittendrin und politisch aktiv zu sein, passt aber nicht zur SP60+. Menschen über 65 gehören gemäss Bundesamt für Gesundheit (BAG) ohne Differenzierung zur Risikogruppe. Eine Unterscheidung zwischen aktivem Alter und Hochalter – wie sie heute wissenschaftlich und auch allgemein gemacht wird – wäre

bei den Empfehlungen des BAG dringend nötig.

**Altersdiskriminierung darf nicht sein**

Solidarität wird verordnet und bedeutet: Massnahmen einhalten und zu Hause bleiben. Solidarität geht aber anders: Die JUSOs gehörten zu den Ersten, die einen Aufruf zur Nachbarschaftshilfe starteten. Danke! Überhaupt sind in den Wochen des Lockdowns viele kreative Projekte zugunsten von älteren Menschen entstanden. Das ist erfreulich und wohltuend. Aber gesunde aktive Alte sind nicht ansteckend und finden – so sie den selbständigen Einkauf trotzdem wagen – die scheelen Blicke von Jüngeren nicht angebracht, ja sogar beleidigend. Selbständig lebende Seniorinnen und Senioren wollen behandelt werden wie alle anderen Menschen auch und möchten nicht als Zumutung für Jüngere wahrgenommen werden. Wie das Virus zu meiden ist, haben sie längst kapiert.

Die Risiken lebensverlängernder Massnahmen sind den meisten Älteren auch ohne die diskriminierende Empfehlung der Schweizerischen

Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) klar, wonach bei Ressourcenknappheit für Patienten ab 85 Jahren keine Zuweisung zu einem Intensivpflegeplatz gemacht werden soll. Altersbezogene Diskriminierungen widersprechen grundsätzlich den Menschenrechten sowie der Verfassung. Aus ethischer Sicht sind sie höchst fragwürdig. Ist es blosser Zufall, dass gegenwärtig Artikel erscheinen, die von Urvölkern berichten, die ihre Alten getötet haben, wenn sie zur Belastung wurden? Sind das verdeckte Aufforderungen zum «Senizid»? Niemals darf jemand zum Sterben gedrängt werden!

Besorgniserregend ist das Altersbild, das derzeit medial vermittelt wird. Fast täglich wird von alten Menschen in Alters- und Pflegeheimen berichtet, die unter Ansteckungsgefahr und Kontaktverboten isoliert leben müssen – es sind deprimierende Bilder. Sie wecken pauschale Vorstellungen vom Alter, die aus der Mottenkiste stammen. Autonome Seniorinnen und Senioren sind anders, kommen in den Medien jedoch kaum vor.

Der Leitsatz der SP60+ «Nichts über uns, ohne uns» wird bei Massnahmen und Berichten zu Corona völlig ignoriert. Aber die SP60+ lässt sich das aktive Alter trotzdem nicht stehen!







# Kitas gehören zum Service public

**IN DER CORONA-KRISE ZEIGT SICH SEHR DEUTLICH, WELCHE BEREICHE FÜR UNSERE GESELLSCHAFT UNVERZICHTBAR SIND. DAZU GEHÖRT AUCH DIE FAMILIENERGÄNZENDE KINDERBETREUUNG IN KINDERTAGESSTÄTTEN (KITAS) UND TAGESFAMILIENORGANISATIONEN (TFO). DER BUNDESRAT HAT DIE KINDERBETREUUNG ALS «SYSTEMRELEVANT» EINGESTUFT. DIE KITAS MUSSTEN WÄHREND DER ZEIT DES LOCKDOWNS EINE NOTBETREUUNG FÜR KINDER GEWÄHRLEISTEN. FAZIT: OHNE KINDERBETREUUNG GEHT NICHTS MEHR!**



Mirjam Veglio,  
Co-Präsidentin SP  
Kanton Bern, in ihrer  
Funktion als Geschäfts-  
leitung Kinderbetreu-  
ung Zollikofen für zwei  
Kitas mit 60 Plätzen  
und rund 30 Angestell-  
ten verantwortlich

## Kinderbetreuung lohnt sich

Diese Realität ist leider in den konservativen Köpfen der Berner Politik noch nicht angekommen. Die familienergänzende Kinderbetreuung muss auch im Jahre 2020 immer noch um Akzeptanz und Wertschätzung kämpfen. Die Subventionen der öffentlichen Hand sind hierzulande im internationalen Vergleich tief, die Elternbeiträge entsprechend hoch. Investitionen in die Kinderbetreuung gelten zu Unrecht einseitig als Kostenfaktor.

Unlängst haben Studien belegt, dass sich Investitionen in Kinderbetreuung in einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtung durch verschiedene Effekte lohnen:

- eine höhere Erwerbsbeteiligung der Eltern und die entsprechende Steigerung ihres Erwerbseinkommens
- die daraus folgenden höheren Beiträge an die Sozialversicherungen
- die höheren Steuereinnahmen durch die zusätzlichen Einkommen der Eltern und Lohnzahlungen an die Kita-Angestellten
- die vermiedenen Sozialhilfe-Kosten durch die höheren Einkommen der Eltern.

Der schwachen Beteiligung der öffentlichen Hand sind auch die unbefriedigenden Anstellungsbedingungen in der Branche geschuldet. Es braucht ein faires, umfassendes Lohnsystem im Rahmen eines Gesamtarbeitsvertrags. Erst damit erhält die Arbeit der Kinderbetreuung den Wert, den sie verdient.

## In der frühen Förderung steckt Potenzial

«Kinderhüten» war gestern – heute sind die Anforderungen an die Kinderbetreuung hoch – zu Recht! Es geht um ein in der Schweiz leider immer noch verkanntes Potenzial: die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE). Sie ist der zentrale Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder.

Der Weg dorthin ist in der Schweiz immer noch steinig und steil. Die meisten Massnahmen zur Unterstützung von bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien setzen erst im Alter von vier Jahren ein – beim Eintritt in den Kindergarten. Zu diesem Zeitpunkt sind die Weichen für entscheidende Entwicklungsschritte als Grundlage für eine erfolgreiche Schullaufbahn längst gestellt. Defizite können nicht mehr aufgeholt werden. Gerade für die Förderung dieser Kinder kommt den Kitas eine zentrale Rolle zu – nutzen wir sie.

## Kitas gehören zum Bildungssystem

Aktuell bewegt sich der Kanton Bern aber exakt in die falsche Richtung. Mit der Umstellung auf das Betreuungsgutscheinsystem wird der Wettbewerb unter den Kitas befeuert. Es liegt auf der Hand, dass die Betreuungsqualität und Anstellungsbedingungen unweigerlich weiter unter Druck geraten. Hier ist eine Kurskorrektur nötig.

Die SP Kanton Bern wird sich in der aktuellen Beratung des Gesetzes über die Sozialen Leistungserbringer (SLG) dafür einsetzen, dass der Kanton seine Verantwortung für die familienergänzende Kinderbetreuung umfassend wahrnimmt.

Jedes Kind hat ein Recht auf frühe Förderung. Deshalb gehört die familienergänzende Kinderbetreuung zum Service public. Kitas sind Teil des Bildungssystems und müssen, wie die Volksschule, durch Steuermittel finanziert werden.

# Der eigenen Linie treu geblieben

**ALT REGIERUNGSRAT RUEDI BACHMANN IST AM 17. MÄRZ 2020 IM ALTER VON 99 JAHREN VERSTORBEN. DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI VERLIERT DAMIT EINEN AKTIVEN GENOSSEN UND UNTERSTÜTZER, STETS AUFMERKSAMEN UND HERZENS-GUTEN MENSCHEN. DIE SP DES KANTONS SOLOTHURN SPRICHT DEN ANGEHÖRIGEN IHR HERZLICHES UND TIEFEMPFUNDES BEILEID AUS.**



Susanne Schaffner,  
Regierungsrätin  
susanne.schaffner@ddi.do.ch

Wie hätte wohl seine politische Laufbahn ausgesehen, wäre Ruedi Bachmann als junger Mann der freisinnigen Partei beigetreten? Eine Mitgliedschaft bei der dominanten FDP brachte damals in beruflicher Hinsicht mancherlei Vorteile. Wie oft machte er sich bei einem Vorstellungsgespräch Hoffnungen auf eine Stelle als Lehrer, um später zu erfahren, dass der freisinnige Anwärter das Rennen gemacht hatte. Ruedi war nun mal als «Roter» bekannt und abgestempelt. Dabei interessierte er sich in seinen Jugendjahren kaum für die Politik. Bis zum Abschluss des Lehrerseminars in Solothurn war für ihn eine Mitgliedschaft in einer Partei kein Thema. Dazu brauchte es eine charismatische Persönlichkeit und ein prägendes Ereignis. Die charismatische Persönlichkeit war Hermann Berger, Fraktionschef der Sozialdemokraten im Oltner Gemeinderat, Mitglied des Kantonsrates, ein «überzeugender Politiker» und «Rhetoriker erster Güte», wie Ruedi Bachmann über ihn sagte. Das

Ruedi Bachmann am Jubiläumsanlass «100 Jahre Landesstreik» der SP Schweiz, des SGB und der Robert-Grimm-Gesellschaft vom 10. November 2018 in Olten.

prägende Ereignis war die Abwahl eines bürgerlichen Lehrers aus dem Oltner Gemeinderat. Dass Gewerbekreise zur Hatz auf einen Berufskollegen bliesen, empfand der junge Lehrer als ungerecht und als Kampferklärung gegen seinen Berufsstand.

Seine erste reguläre Stelle als Bezirksschullehrer erhielt Ruedi 1950, drei Jahre nach seinem Studienabschluss, in Oensingen. Dort stand ein «roter» Ammann der Gemeinde vor. Kaum in der Gemeinde niedergelassen, nahmen die Genossen den jungen Bezirkslehrer in die Pflicht. Ruedi wurde Parteipräsident, Gemeinderat und Kommissionsmitglied und leitete daneben noch zwei Frauenturnvereine: Praktisch jeden Abend ausser Haus, bis seine Frau nach ein paar Jahren sehr energisch protestierte.

Er nahm eine Stelle in Trimbach an und legte dem Hausfrieden zuliebe alle politischen Aktivitäten auf Eis. Zwei Jahre später, 1958, bewarb er sich in Olten. Kurz nach seinem Stellenantritt stand die Rektorenwahl an. Ruedi hatte Gefallen am Lehrerberuf und keinerlei Ambitionen auf das Amt. Doch sein politischer Mentor Hermann Berger liess nicht locker, bis er Ruedi zu einer Kandidatur bewegen konnte. So kam es, dass Ruedi während acht Jahren als Rektor amtierte. Mit dem Nachrücken für Arnold Kamber in den Kantonsrat nahm auch seine politische Lauf-

bahn wieder Fahrt auf. Dass er bereits nach vier Jahren im Kantonsrat als Regierungsratskandidat von seiner Partei nominiert wurde, hat ihn selber überrascht. «Regierungsrat war ein Prachtsjob», meinte Ruedi 2015 in einem Gespräch. «Ein so breites und interessantes Tätigkeitsfeld mit so vielen Kontakten. Ein befriedigender Job.»

Vor Kritik blieb Regierungsrat Ruedi Bachmann nicht verschont. Vor allem in den 70er- und 80er-Jahren, als eine junge Generation ein forscheres Auftreten der Linken erwartete. Die Angriffe trafen ihn, aber Ruedi konnte immer auch gut einstecken, wegstecken und wieder vergessen. Er war durch und durch ein pragmatischer Mensch und Politiker, der seiner eigenen Linie stets treu blieb.

Auch seiner Partei blieb er bis zu seinem Tod am 17. März 2020 treu und beteiligte sich, wenn immer möglich, aktiv an allen politischen und geselligen Anlässen. Ruedi wusste stets über alles Aktuelle Bescheid und verfolgte mit grossem Interesse und unterstützend die politische Arbeit des Regierungsrates wie auch jene von amtierenden Genossinnen und Genossen auf allen Staatsebenen. Ich danke Ruedi namens der SP des Kantons Solothurn für seine Treue, Unterstützung und unermüdlichen Einsatz für unsere Partei und unsere Anliegen.



BESCHWERDE GEGEN DAS KANTONALE POLIZEIGESETZ

## «Das Bundesgericht ist den Beschwerdeführenden weitgehend gefolgt»

**EIN RÄUMUNGSPARAGRAF GEGEN FAHRENDE, PRÄVENTIVE POLIZEIÜBERWACHUNG, STRAFBEWEHRTE WEGWEISUNGEN VON MENSCHEN UND POLIZEIKOSTENÜBERWÄLZUNG BEI DEMONSTRATIONEN: AM 29. APRIL HAT DAS BUNDESGERICHT ENTSCHEIDEN, OB DIESE BESTIMMUNGEN DES BERNER POLIZEIGESETZES RECHTENS SIND. MARKUS HUSMANN, ADVOKAT UND VORSTANDSMITGLIED DER DEMOKRATISCHEN JURISTINNEN UND JURISTEN LUZERN, ÄUSSERT SICH ZUM URTEIL.** Interview: Fabio Peter

### Zu welchem Schluss ist das Bundesgericht gelangt und weshalb?

Das Bundesgericht ist den Beschwerdeführenden weitgehend gefolgt: Erstens stelle die «Lex Fahrende», welche die Wegweisung von Fahrenden und die Räumung eines Geländes innert 24 Stunden vorgesehen hatte, einen unverhältnismässigen Eingriff in das Privat- und Familienleben dar. Zweitens sei die präventive polizeiliche Überwachung mit technischen Überwachungsgeräten, ohne jeden Tatverdacht und ohne gerichtliche Kontrolle, verfassungswidrig. Zu Recht sieht das Bundesgericht darin eine grosse Missbrauchsgefahr. Und drittens sei es nicht zulässig, dass Wegweisungen – z.B. gegen auf der Gasse lebende Menschen – zwingend mit Strafdrohungen verknüpft werden. Nicht gefolgt ist das Bundesgericht dem Einwand, die Überwälzung von Polizeikosten auf Veranstalter\*innen und Teilnehmer\*innen von Demonstrationen führe zu einem unzulässigen Abschreckungseffekt. Es anerkennt zwar diesen «chilling effect», ist aber der Ansicht, dass das Berner Gesetz verfassungskonform ausgelegt werden kann.

### Was sagen die Beschwerdeführenden dazu?

Das Urteil ist besonders für die fahrenden Minderheiten ein wegleitender Präzedenzfall. Das Bundesgericht hat nicht nur klargemacht, dass stigmatisierende Sondernormen im Rechtsstaat keinen Platz haben, sondern auch darauf hingewiesen, dass die Behörden eine Pflicht trifft, Bedingungen zu schaffen, damit fahrende Minderheiten ihre Lebensweise bewahren können. Erfreulich ist natür-



Markus Husmann

lich auch, dass das Bundesgericht einer masslosen Überwachung und Repression einen Riegel vorschiebt. Der Erfolg darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Bundesgericht einen schwerwiegenden Eingriff in die Demonstrationsfreiheit abgesegnet hat.

### Worin liegt denn das Problem einer Kostenüberwälzung?

Ich mache ein Beispiel: Als 2017 der chinesische Präsident in Bern zu Besuch war, wollten einige tibetische Aktivist\*innen ihren Protest ins Stadtzentrum tragen. Der Protest war wohlgeordnet friedlich. Die Demonstrierenden wurden von dutzenden Polizeibeamten eingekesselt und gewaltsam verhaftet. Die NZZ schrieb, das seien Bilder, die an autoritäre Staaten erinnern. Mit dem Berner Polizeigesetz könnten den Betroffenen in solchen Konstellationen nicht nur blaue Flecken drohen, sondern Kosten bis zu 10 000 Franken pro Person, im Extremfall sogar bis

zu 30 000. Zwar wurde immer wieder betont, das Gesetz richte sich nur gegen gewalttätige Personen, doch das stimmt nicht: Die Polizeiverordnung definiert den Anwendungsbereich so weit, dass auch Kosten fürchten muss, wer sich an einem Menschenteppich – wie wir das von den Klimaprotesten kennen – beteiligt oder wer bei einer Intervention der Polizei ein bisschen mit den Händen fuchtelte. Selbst passive Personen werden kostenpflichtig, wenn sie sich auf Aufforderung hin nicht entfernen. Damit wird die ohnehin grosse Macht der Polizei, willkürlich über die Zulässigkeit einer Versammlung zu entscheiden, mit einem finanziellen Schlaghammer ergänzt. Auch Veranstalter\*innen werden haftbar, wenn sie nicht über eine erforderliche Bewilligung verfügen oder Bewilligungsaufgaben nicht einhalten, was besonders die Durchführung spontaner Kundgebungen zu einem risikoreichen Unterfangen macht. All dies – so die Befürchtung – kann Veranstalter\*innen und Teilnehmer\*innen abschrecken, ihre Meinung frei kundzutun.

### Wie geht es nun weiter?

Es gilt nun die schriftliche Urteilsbegründung abzuwarten und dann über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

## NEUES POLIZEIGESETZ

Das neue Polizeigesetz des Kantons Bern wurde im März 2018 vom Grossen Rat verabschiedet. Dagegen wurde von linken Parteien und diversen Organisationen wie den Demokratischen Juristinnen und Juristen Bern erfolglos das Referendum ergriffen. Am 1. Januar 2020 ist es in Kraft getreten – mit Ausnahme der drei Bestimmungen, gegen die Beschwerde erhoben wurde.



# Corona und die Kinder

**DIE KINDERBETREUUNG GEHÖRT ZUR GRUNDVERSORGUNG. DAS WEISS DER BUNDESRAT. DAHER ORDNET ER EXPLIZIT AN, DIE KRIPPEN NICHT ZU SCHLIessen. SO WEIT, SO KLAR? NICHT IN DER UMSETZUNG. DIE LEIDTRAGENDEN SIND ELTERN UND PERSONAL.**

Der Bundesrat wollte die Krippen ausdrücklich offen halten. Doch die Kantone legten die Covid-19-Verordnung unterschiedlich aus. Die einen schlossen Krippen ganz, boten aber eine Notbetreuung an (Solothurn), in anderen Kantonen hiessen die Krippen alle Kinder weiterhin willkommen (Aargau), und Dritte wiederum hielten die Krippen bloss für Kinder offen, deren Eltern in bestimmten Personalkategorien arbeiten (Zürich).

Schweizweit lässt sich bilanzieren: Die Krippen waren vielerorts geöffnet, doch gab es kaum Kinder zu betreuen. Denn gleichzeitig riefen viele Kantone die Eltern im Homeoffice dazu auf, die Kinder «freiwillig» aus der Kita zu nehmen. Dennoch mussten die Eltern die Kitarechnungen bezahlen. Zur Erinnerung: In keinem Land Europas bezahlen die Eltern mehr für einen Kitaplatz als in der Schweiz. Eltern berappen hierzulande bis zu drei Viertel der Vollkosten eines Kitaplatzes.

## Bürgerliche Lippenbekenntnisse

Die meisten Kinderkrippen können eine tiefe Auslastung finanziell nicht stemmen. Sie werden nach spätestens zwei Monaten vor dem Konkurs stehen und sind drum auf Unterstützung angewiesen. Dies nicht zuletzt, weil zu Beginn der Krise viele Eltern die Kita-Verträge kündigten, da unklar war, wie lange die Situation andauern würde – und weil sich



Natascha Wey,  
VPOD-Zentralsekretärin

die Politik um eine Lösung focht. Im März scheiterte ein Rettungspaket zur Unterstützung der Kindertagesstätten im Bundesrat. 100 Millionen Franken war den bürgerlichen Bundesräten zu viel, um Betreuungsstrukturen zu retten, die während 17 Jahren mit grossen Mühen und einer erheblichen Anstossfinanzierung aufgebaut worden waren.

In einem zweiten Anlauf versuchte das Parlament zu retten, was zu retten war. Nach einigem Hin und Her beschloss der männerdominierte Ständerat ein Kita-Hilfspaket von 65 Millionen Franken. Ob der Betrag reicht, steht in den Sternen. Klar wurde einmal mehr, wie viele bürgerliche Politiker ticken: Auf Podien schwafeln die Wirtschaftsmänner von Fachkräftemangel und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Doch sobald sie zugunsten der Vereinbarkeit investieren könnten, entpup-

pen sich ihre Worte als Lippenbekenntnisse.

## Klare Forderungen

Kitabeträge zahlen und gleichzeitig im Homeoffice Kleinkinder betreuen müssen? Eltern waren zu Recht empört. Der VPOD fordert darum ein klares Bekenntnis der Kantone zur Beibehaltung der Subventionen, auch wenn die Kinder nicht in der Krippe betreut wurden. Die Elternbeiträge sind zu kompensieren. Im Gegenzug fordert der VPOD von den Kitas, dass sie den Angestellten 100 Prozent des Lohnes vergüten, auch wenn für Kurzarbeit nur 80 Prozent ausbezahlt wird.

Womit wir beim neuerdings «systemrelevanten» Kita-Personal wären. Die Forderungen des VPOD sind klar: In der Krise sollen nicht nur Risikopersonen nach Vorgaben des Bundes, sondern alle Personen über 60 Jahren sowie Schwangere bei vollem Lohn freigestellt werden. Alle anderen sind besser zu bezahlen, und zwar bitte rasch, weil systemrelevant.

## FRAUENSTREIK FÜR KITAS

Im Zentrum der Forderungen der SP Frauen\* steht am 14. Juni erneut, dass alle Kinder ein Recht auf einen Kitaplatz haben sollen – so wie jedes Kind in der Schweiz den Kindergarten besuchen darf. Dies forderten sie bereits letztes Jahr, ebenso wie verbindliche Massnahmen zur Lohngleichheit, eine bessere Entlohnung der sogenannten «Frauenberufe» und einen gleichberechtigten Elternurlaub. Ein Jahr nach dem historischen Frauenstreik ziehen die SP Frauen\* Bilanz unter [sp-frauen.ch](http://sp-frauen.ch).



# Note ungenügend, Frau Keller-Sutter!

**EINE VERSCHLECHTERUNG SCHIEN KAUM MEHR MÖGLICH – UND DOCH: COVID-19 HAT DIE SITUATION DER FLÜCHTLINGE IM CAMP MORIA NOCH VERSCHÄRFT. DENNOCH RETTET DIE SCHWEIZER REGIERUNG BLOSS 23 KINDER AUS DEM CAMP DES GRAUENS.**

Als ich das Camp Moria auf der griechischen Insel Lesbos 2018 zum ersten Mal besuchte, lebten rund 10 000 Asylsuchende in einem Lager, das eigentlich für knapp 3500 Personen erstellt wurde. In Moria, dem grössten Flüchtlingslager Europas, herrschten Chaos, Gewalt und Hoffnungslosigkeit. Viele der Bewohnerinnen und Bewohner warteten seit Jahren auf die Bearbeitung ihres Gesuchs und lebten in Zelten oder unter freiem Himmel. Zahlreiche waren stark traumatisiert. Von den 2000 Kindern konnte nur ein kleiner Teil zur Schule gehen. Das war vor Covid-19.

Mit Ausbruch der Pandemie verschärfte sich die Situation auf Lesbos und weiteren Inseln der Ägäis zusätzlich. Distanz- und Hygienevorschriften können in überfüllten Lagern nicht eingehalten werden. Es gibt zu wenig Wasser, um sich die Hände zu waschen. Die Gesundheitsversorgung ist noch desolater als zuvor. In einer Zeit, in der die Welt gegen eine gemeinsame Bedrohung enger zusammenrücken sollte, werden Menschen auf der Flucht an den Grenzen Europas ignoriert.

## Kein Herz für Flüchtlinge

In ganz Europa verlangten Solidaritätsaktionen von den Dublin-Staaten die Evakuierung der grie-



Fabian Molina, Nationalrat ZH

chischen Insel-Camps. Auch in der Schweiz. Über Ostern forderten tausende Menschen, darunter zahlreiche prominente Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Politik, sowie über hundert Organisationen der Zivilgesellschaft den Bundesrat auf, Asylsuchende in die Schweiz zu holen. Die SP setzte sich im Parlament dafür ein und erreichte immerhin eine Aufstockung der humanitären Hilfe und die Einreise von 23 unbegleiteten Minderjährigen mit dem Ziel der Familienzusammenführung. Ein Tröpfchen auf einem heissen Stein.

## Fehler im System

Die Corona-Krise wirft ein Schlaglicht auf die gravierenden Fehler des Dublin-Systems, das eigentlich zur Koordination der europäischen Asylpolitik geschaffen wurde. Aber es funktioniert nicht. Die Mitgliedsstaaten des Dublin-Abkommens, zu denen auch die Schweiz gehört, können sich nicht auf eine faire Verteilung der Geflüchteten einigen und rüsten stattdessen die Festung Europa weiter auf. Die Leidtragenden sind die Asylsuchenden aus Syrien, Afghanistan und Nordafrika, die zum Spielball nationaler Egoismen werden.

Mit dem Amtsantritt von Justizministerin Karin Keller-Sutter wurde

die europäische Solidarität im Asylbereich geschwächt. Seither stellt sich die Schweiz bei der Dublin-Reform quer und stiehlt sich damit aus der Verantwortung.

## Wer hat das repressivste Asylsystem?

Seit November 2019 ist mit Ylva Johansson eine schwedische Sozialdemokratin die oberste europäische Asylchefin. Ich durfte die EU-Kommissarin im Februar dieses Jahres kennenlernen und war beeindruckt von ihrem Tatendrang und ihren Konzepten. Ihre Analyse: Heute gibt es unter den Mitgliedsstaaten ein «race to the bottom», also einen Wettbewerb, wer das repressivste Asylsystem hat. So sollen die Asylsuchenden in andere Staaten gedrängt werden.

Das Dublin-System muss deshalb so reformiert werden, dass das Recht auf Asyl in Zukunft europäisch gilt. Damit hätten das Hin- und Herschieben, das Blockieren von Gesuchen und die nationale Kriegsrhetorik endlich ein Ende. Karin Keller-Sutter müsste mit Ylva Johansson zusammenspannen und die rechten Populisten in Wien und Osteuropa in die Schranken weisen. Und bis dahin mit gutem Beispiel vorangehen.

Wie die sozialdemokratische Regierung Portugals. Sie hat entschieden, 500 Kinder von den griechischen Inseln zu retten. Nicht 23.



# 50 Jahre Schwarzenbachab!

Italienische Landarbeiter mit Sack und Pack nach ihrer Ankunft in Brig, 1956.

## DIE SCHWARZENBACH-INITIATIVE SPALTETE DAS LAND UND DIE ARBEITERBEWEGUNG – UND PRÄGT DIE POLITISCHE DEBATTE BIS HEUTE. GRUND GENUG, EINEN BLICK ZURÜCK ZU WERFEN.

Der Urnengang vom 7. Juni 1970 zeigte ein ungewohntes Bild. Die Schwarzenbach-Initiative forderte eine Reduktion des Ausländeranteils in allen Kantonen ausser Genf auf 10 Prozent. Dies hätte die Ausweisung von mindestens 300 000 Menschen zur Folge gehabt – mit gravierenden wirtschaftlichen Konsequenzen. Bundesrat, Parlament, alle Regierungsparteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Kirchen und Gruppen der Neuen Linken bekämpften die Vorlage. Auf der Gegenseite stand James Schwarzenbach, Sprössling einer Industriellenfamilie, Ex-Frontist, Bewunderer des spanischen Diktators Franco und einziger Nationalrat der Nationalen Aktion. Dennoch war der Ausgang offen.

### Arbeiter gegen Gewerkschaften

Im Abstimmungskampf gingen die Emotionen hoch. Der wortgewaltige Schwarzenbach hatte unzählige Auftritte. Helmut Hubacher berichtete fünf Monate vor dem Urnengang im «Volksrecht» von Veranstaltungen, an denen Arbeiter die Gewerkschaftssekretäre fast ausbuhten. Die aufgeladene Atmosphäre konnte gar in Gewalt umschlagen: Ein Anhänger der Initiative prügelte

Christian Koller, Historiker

in einem Zürcher Restaurant einen italienischen Dachdecker zu Tode, ohne dass jemand eingriff.

Schliesslich erreichte die Initiative 46 Prozent Ja-Stimmen. Sieben Stände nahmen sogar an – interessanterweise Kantone mit unterdurchschnittlichen Ausländeranteilen. Auch in anderen Ländern entstanden damals ausländerfeindliche Bewegungen. In Deutschland etwa feierte die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) in mehreren Landtagswahlen kurzlebige Erfolge.

Nach dem Zweiten Weltkrieg brummte die Wirtschaft, lange Zeit herrschte Vollbeschäftigung. Die Schweiz warb aktiv in Südeuropa Arbeitskräfte an, insbesondere in Italien. Von 1950 bis 1970 stieg der Anteil von Menschen ohne Schweizer Pass von 6 auf 17 Prozent. Ihre Integration war zunächst nicht erwünscht. Viele arbeiteten als Saisoniers im Baugewerbe, in der Gastronomie oder in der Landwirtschaft. Wegen Wohnungsnot und tiefen Löhnen lebten viele in Baracken auf engstem Raum. Ihr Aufenthaltsstatus beschränkte die Anwesenheit in der Schweiz auf unter ein Jahr und verbot den Familiennachzug. Bezeichnenderweise

wollte die Schwarzenbach-Initiative ihre Reduktionsmassnahmen auf Saisoniers, die nur kurze Zeit in der Schweiz weilten, ausdrücklich nicht anwenden. Ebenso ausgenommen waren beispielsweise das Pflege- und Spitalpersonal oder Wissenschaftler.

### Zaghafte Integration

Schon in den 50er-Jahren begann eine Debatte um die Einwanderung. Sie reichte über die entstehende Antiimmigrationsbewegung hinaus und erfasste Behörden, Gewerkschaften und Arbeitgeber. Dabei wurde der Begriff «Überfremdung» wieder aufgegriffen, der bereits um die Jahrhundertwende entstanden war. Verschiedene Massnahmen des Bundes reduzierten ab 1962 die Einwanderung um fast zwei Drittel. Zugleich gab es zaghafte erste Schritte Richtung Integration.

Nach der Schwarzenbach-Abstimmung ging die Antiimmigrationsbewegung weiter. Bis 2014 scheiterten neun weitere Initiativen zur Festschreibung von Einwanderungszahlen in der Verfassung an der Urne oder bereits in der Sammelphase. Ab den späten 1980ern verlagerte sich aber der Fokus migrationsfeindlicher Initiativen, bei denen zunehmend die SVP die Wortführerschaft übernahm, auf die Themen Asyl, Bürgerrecht und Personenfreizügigkeit.

# Plädoyer für eine bessere Gesellschaft lanciert

**GEGEN 300 ERSTUNTERZEICHNENDE – DARUNTER RUTH DREIFUSS – STARTEN DAS PLÄDOYER «PERSPEKTIVE CARE-GESELLSCHAFT» UND FORDERN EINEN FUNDAMENTALEN RICHTUNGSWECHSEL.**

Die Corona-Krise schärft den Blick auf eine Welt, die viel verwundbarer ist, als es noch vor kurzem den Anschein machte. Die Klimaerhitzung, die Verschmutzung der Meere und der Verlust an Biodiversität wirken vielleicht weniger abrupt als die Corona-Pandemie, sind aber nicht weniger bedrohlich. Ohne einen markanten Richtungswechsel in der Politik werden sich die ohnehin schon immensen globalen Ungerechtigkeiten noch einmal erheblich verschärfen.

Deshalb haben auf Initiative des Denknetzes 287 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kultur und sozialen Bewegungen unter dem Titel «Perspektive Care-Gesellschaft» ein Plädoyer lanciert. Die Liste der Erstunterzeichnenden liest sich ein bisschen wie das «Who's who» der Linken: So unterzeichneten alt Bundesrätin **Ruth Dreifuss** ebenso wie die Stände- und NationalrätInnen **Samuel Bendahan**, **Christian Dandré**, **Tamara Funicello**, **Barbara Gysi**, **Ada Marra**, **Samira Marti**, **Mattea Meyer**, **Lisa Mazzone**, **Fabian Molina**, **Valérie Piller Carrard**, **Katharina Prelicz-Huber**, **Mathias Reynard**,

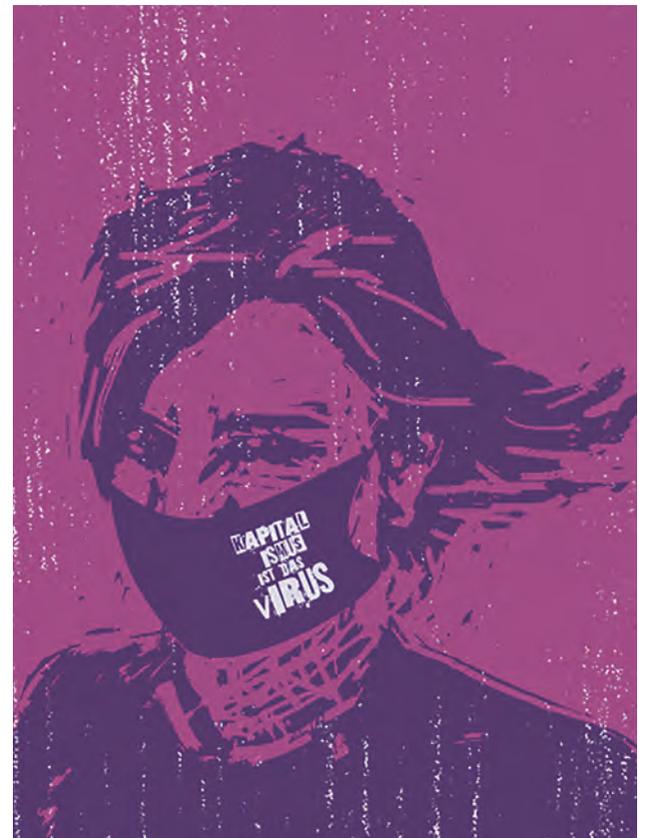
**Priska Seiler-Graf**, **Carlo Sommaruga**, **Cédric Wermuth** und **Felix Wettstein**. Ebenso unterschrieben Kulturschaffende wie **Denis de Roulet**, **Jürgmeier**, **Melinda Nadj Abonji**, **Isolde Schaad**, und **Tommy Vercetti** oder Wissenschaftler\*innen wie **Mascha Madörin**, **Françoise Messant-Laurent** und **Jakob Tanner**. Ebenso wenig fehlen Gewerkschafter wie **Vasco Pedrina** oder **Giorgio Tuti**, Klimaaktivistin **Lena Bühler**, Greenpeace-Präsidentin **Cécile Bühlmann** oder die feministische Theologin **Ina Prätorius**. Sowie – last but not least – viele Ärztinnen und Ärzte, Pflegefachleute und Menschen aus kirchlichen Kreisen.

## **Ungerecht, feindselig, sorglos**

Die Unterzeichnenden schreiben: «Die Weltgemeinschaft war noch nie so reich an Ressourcen, Technologien, Kenntnissen und Erfahrungen – und gleichzeitig so ungerecht, feindselig und sorglos im Umgang mit den natürlichen Grundlagen. Die Corona-Krise und die Klima-Krise machen deutlich, wie verletzlich eine Welt geworden ist, die auf der Ausbeutung von Mensch und

Beat Ringger

Natur beruht. Wenn wir nicht mehr und mehr in den Strudel dieser Krisen hinabgezogen werden wollen, müssen wir jetzt die Richtung wechseln. Dafür brauchen wir eine Erneuerung des Gesellschaftsvertrags



# Care-

zugunsten von Care, Nachhaltigkeit und Solidarität – zugunsten einer lokalen und globalen Care-Gesellschaft.»

Konkret fordert das Plädoyer unter anderem «eine Solidaritätssteuer von mindestens drei Prozent auf hohen Finanzvermögen während mindestens zehn Jahren, was jährlich geschätzte Einnahmen von dreissig Milliarden Franken ergibt». Diese Erträge sollen zur Hälfte im globalen Süden, zur Hälfte in der Schweiz eingesetzt werden. Weiter: «Kindertagesstätten müssen – analog zu Schulen und Kindergärten – zu einem flächendeckenden öffentlichen Dienst in hoher Qualität ausgebaut werden.» Schliesslich verlangt das Plädoyer, dass der Flugverkehr aus klimapolitischen Gründen «auf einem Bruchteil des bisherigen Volumens plafoniert» wird. Und Menschen, deren berufliche Zukunft blockiert ist, müssen sich umschulen können – bei existenzsicherndem Lohn.

**Bitte unterzeichne das Plädoyer hier:**  
[denknetz.ch/care-gesellschaft](http://denknetz.ch/care-gesellschaft)

## EXKLUSIVES IN ZEITEN VON CORONA

Das Denknetz hat einen Blog eingerichtet mit 14 teilweise exklusiven Beiträgen und rund 100 ausgewählten Links zu wichtigen, überraschenden und anregenden Corona-Abhandlungen aus der digitalen Welt.

Mehr dazu hier:  
[denknetz.ch](http://denknetz.ch)

WICHTIG FÜR DIE SP:

# Reformplattform der sozialliberalen Kräfte

**VOR DREI JAHREN GRÜNDETE EINE GRUPPE SOZIALLIBERAL EINGESTELLTER SOZIALDEMOKRATINEN UND SOZIALDEMOKRATEN DIE REFORMPLATTFORM. DIE BEZEICHNUNG PLATTFORM WURDE GEWÄHLT, WEIL WIR UNS ALS LOSE GRUPPE ORGANISIERTEN. UNTERDESSEN HABEN SICH RUND 1000 SP-MITGLIEDER UND SYMPATHISANTINEN UND SYMPATHISANTEN FÜR DIE PLATTFORM EINGESCHRIEBEN. ES IST DAHER ZEIT, BILANZ ZU ZIEHEN UND DIE FRAGE ZU STELLEN, WIE ES MIT WEITERGEHEN SOLL.**



Daniel Jositsch,  
Ständerat ZH

Anlass für die Gründung der Plattform bildete der Entwurf für ein neues Papier zu Wirtschaftsdemokratie. Dieses entsprach nicht sozialliberalen Grundprinzipien, die von einer sozialen, aber freien Marktwirtschaft ausgehen. Das vorgeschlagene Konzept der Wirtschaftsdemokratie sah aus Sicht der Plattform eine stark vom Staat gelenkte Wirtschaft vor. Die Reformplattform brachte sich damals erstmals mit eigenen Vorschlägen ein.

### Gegen oder für die SP?

Die Medien interessierten sich zunächst freilich weniger für die inhaltliche Diskussion als vielmehr für die Frage, ob die Reformplattform Teil der SP sei oder sich hier eine Spaltung der Partei abzeichne. Sehr rasch wurde klar, dass die Reformplattform sich als Teil der SP sieht. Sie hat immer integrierend gewirkt, indem sie die Breite der Partei repräsentiert und sozialliberal orientierten Menschen ein Diskussionsforum innerhalb der Partei bietet. Die Reformplattform versteht sich daher als bereichernde Ergänzung innerhalb der SP.

So lancierte die Plattform 2019 ein KMU-Papier, um aufzuzeigen, dass die Partei auch für diesen wichtigen Bereich der Wirtschaft sinnvolle Anstösse und Antworten zu liefern vermag. In der Fachkommission für Wirtschaft und Finanzen der SP Schweiz wurde dieser Vorschlag der Reformplattform lebhaft begrüsst; das KMU-Papier soll nun innerhalb der offiziellen Parteigremien weiterbearbeitet werden.

In der aktuellen Krise, da in der SP die tragende Rolle der KMU immer mehr anerkannt wird, sieht sich die Reformplattform in ihrem Ziel bestätigt, sozialliberale Impulse in der SP zu lancieren. Selbstverständlich kann dies auch zu Gegensätzen und Diskussionen zwischen den verschiedenen Strömungen führen. Aus Sicht der Reformplattform geht es dabei nicht um den «richtigen Weg» und damit auch nicht um einen Richtungsstreit. Es spricht nichts gegen eine SP mit verschiedenen Flügeln, denn sie besteht aus politisch denkenden Menschen. Politische Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten gehören zum Polit-Alltag.

### Die nächsten Schritte der Reformplattform

Die Reformplattform wurde als Projekt gegründet und ist heute aus unserer Sicht ein etablierter Teil der SP. Es ist daher Zeit, dass wir uns formellere Strukturen geben und uns besser organisieren, um einerseits besser mit der Mitgliederbasis in Kontakt zu stehen und um uns andererseits gezielter in die Partei einbringen zu können. Innerhalb der Plattform finden aktuell Diskussionen statt, in welcher Form wir uns organisieren sollen. Selbstverständlich sind Interessierte jederzeit willkommen, sich in diesem Prozess zu engagieren. Wer sich auf [reform-sp.ch](http://reform-sp.ch) einschreibt, erhält alle Informationen und kann mitdiskutieren. Auf der Homepage finden sich alle Grundsatzpapiere mit Themen wie Digitalisierung, öffentliche Sicherheit, KMU-Politik oder die Zukunft der PostFinance.

# Trotz und wegen Corona: Jetzt Mitglieder gewinnen



Daniel Waeber

**IN DER KRISE FAHREN VIELE SEKTIONEN DEN «BETRIEB» RUNTER. DAS IST SCHADE. DENN GERADE JETZT BIETEN SICH VIELE ANKNÜPFUNGSPUNKTE, UM MITGLIEDER ZU GEWINNEN.**

Aina Waeber

Die SP ist eine Mitgliederpartei. Jedes einzelne Mitglied stärkt und gestaltet die Partei. Es sind die Mitglieder, die für die Verankerung der SP in der Gesellschaft sorgen. Ihre Mitgliederbeiträge machen einen Grossteil der finanziellen Mittel der Partei aus. Ohne das freiwillige Engagement der Mitglieder würde die Partei schlicht nicht funktionieren. Deshalb ist eine SP ohne eine breite Mitgliederbasis nicht vorstellbar. Und deshalb gibt es in den Sektionen auch einen internen Dauerbrenner: die Mitgliedergewinnung.

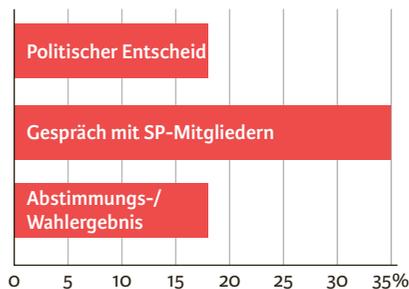
Die einfachste Art, Mitglieder anzuwerben, besteht normalerweise in der Frage: «Willst du nicht auch der SP beitreten?» Bei der letztjährigen Befragung der Neumitglieder gab knapp ein Drittel an, dass der persönliche Kontakt mit Parteimitgliedern der ausschlaggebende Grund für ihren Beitritt war. Allerdings war in den letzten Wochen der direkte persönliche Kontakt nur beschränkt möglich. Veranstaltungen und Neumitgliederanlässe mussten abgesagt werden, und die Aktivitäten der meisten Sektionen sind auf ein Minimum geschrumpft.

Gerade Krisenzeiten bieten jedoch sehr gute Gelegenheiten, neue Mitglieder zu gewinnen: Die Solidarität in der Bevölkerung zeigt, dass sich die Menschen miteinander verbunden fühlen. Diese gemeinsame Gesprächsbasis bietet beispielsweise die Möglichkeit, sich mit Sympathisant\_innen und Aussenstehenden über eine solidarische Finanzierung der Krise zu unterhalten. Ein solcher Austausch kann zu neuen Mitgliedschaften führen, auch wenn sich dies nicht immer sofort zeigt.

## Frischer Wind in den Sektionen

Der Weg bis zum Beitritt erfordert normalerweise mehrere Kontakte. Darum: Greift zum Telefon, trom-

**Das sind die drei häufigsten unmittelbaren Auslöser für eine Mitgliedschaft bei der SP**



melt ein paar Mitglieder zusammen und telefoniert euch durch die Adressbücher. Jetzt sind viele noch zuhause erreichbar und froh um Abwechslung. Diskutiert beispielsweise darüber, dass skandalöserweise Dividendenauszahlungen auch bei Kurzarbeit möglich sind. Verjüngt eure Sektion, indem ihr die Präsenz auf Social Media ausbaut (Verlinkung des Anmeldeformulars nicht vergessen), oder geht in Kleingruppen per Velo «briefchästlen». Jetzt ist auch der richtige Zeitpunkt, um sich mit der Nachbarsektion zu vernetzen, die lokalen JUSOS zu einem virtuellen Spieleabend einzuladen oder dem Quartierverein Hilfe für Corona-Aktivitäten anzubieten.

All diese Kontakte bringen frischen Wind in die Sektion und erlauben es, in Zukunft mehr Mitglieder zu gewinnen. Und sobald ihr euch wieder am Stammtisch treffen könnt: Nehmt auf die Kneipentour ein paar Bierdeckel mit unserem Anmeldeformular darauf mit. Vielleicht ist ja die eine oder andere Bekanntschaft dann bereit, SP-Mitglied zu werden.

## WERDE JETZT MITGLIED!

Für Bierdeckel oder anderes Material findet ihr hier das Bestellformular: [spschweiz.ch/bestellung](https://spschweiz.ch/bestellung). Das Bier dazu gibt es in eurem Lieblingslokal. Wenn ihr eine Telefonaktion planen wollt oder anderweitig Unterstützung braucht, sind wir gerne unter [basiskampagne@spschweiz.ch](mailto:basiskampagne@spschweiz.ch) für euch da. Und falls Sie als Sympathisant\_in beim Lesen dieses Beitrags gerade beschlossen haben, Mitglied zu werden, geht es hier direkt zum Anmeldeformular: [spschweiz.ch/mitmachen](https://spschweiz.ch/mitmachen).



## SP-GRUPPE BUNDESPERSONAL

An die **Mitarbeitenden** und **Pensionierten** der allgemeinen Bundesverwaltung, von SBB, Post und Swisscom sowie anderen halbstaatlichen Institutionen, die bereits Mitglied der SP sind:

## WIR LADEN DICH EIN, DER SP-GRUPPE BUNDESPERSONAL BEIZUTRETEN

Wir wollen uns vernetzen, um die gemeinsamen Interessen der SP-Mitglieder innerhalb der Bundesverwaltung und ihrer Betriebe zu wahren.

Für weitere Informationen stehen dir Karin Beck und Markus Beer vom Co-Präsidium gerne zur Verfügung: [beckkarin@bluewin.ch](mailto:beckkarin@bluewin.ch) oder [markus.beer@bluewin.ch](mailto:markus.beer@bluewin.ch) | [www.sp-bundespersonal.ch](http://www.sp-bundespersonal.ch)



## AGENDA 2020

**10. JUNI 2020**  
Delegiertenversammlung SP 60+  
in Bern

**27. JUNI 2020**  
Digitale Delegiertenversammlung  
online

**ANFANG AUGUST**  
Sommeruni entfällt wegen  
Covid-19

**12. SEPTEMBER 2020**  
12. September in Belp

**19. SEPTEMBER 2020**  
Mitgliederversammlung  
SP Frauen\*

**23. SEPTEMBER 2020**  
Delegiertenversammlung SP 60+  
in Bern

**17./18. OKTOBER 2020**  
Parteitag in Basel

Aktuelle Infos jederzeit unter  
[www.spschweiz.ch/agenda](http://www.spschweiz.ch/agenda)



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

## Weiterbildung geht weiter: Movendo führt ab 8. Juni wieder Kurse durch

Seit Mitte März konnte das gewerkschaftliche Bildungsinstitut Movendo wegen der Corona-Massnahmen keine Präsenzveranstaltungen durchführen. Die letzten Wochen waren geprägt von Stornierungen und Verschiebungen. Jetzt freuen wir uns, am 8. Juni unser Programm wieder aufnehmen zu können. Wir werden uns dabei konsequent an die Hygiene- und Distanzregeln gemäss Schutzkonzept des Dachverbandes für Weiterbildung (SVEB) halten.

Während des Lockdowns konnten wir kurzfristig einige Kurse online organisieren. Viele Kolleginnen und Kollegen mussten jedoch auf ihren bereits gebuchten Movendo-Kurs verzichten. Wir wollen möglichst vielen von euch einen guten Ersatz anbieten und organisieren zusätzliche Kurse in diesem und im nächsten Jahr. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sobald als möglich kontaktiert.

Weiterhin kann man sich für alle weiteren ausgeschriebenen Kurse 2020 anmelden. Wir freuen uns auf euch!

Michael Herzka und Emiliana Della Torre, Institutsleitung

Für Kurzentschlossene hat es im Juni noch Platz!

**Al Forno vacanze**

### 5 gemütliche Tessiner Rustici

Im autofreien Weiler Pila – Intragna/Centovalli

Ursula & Hannes freuen sich auf euch!

[www.al-forno.ch](http://www.al-forno.ch)



**solidarität**  
**solidarité**  
**solidarietà**  
**solidaridad**

## **Sei solidarisch, zeige Flagge**

Der Ausstieg aus der Krise gelingt nur solidarisch und gemeinsam. Mit den Solidaritätsfahnen machen wir klar: Wir wollen gute Arbeitsbedingungen, mehr Respekt und faire Löhne für die Menschen in systemrelevanten Berufen. Und wir wollen eine solidarische Finanzierung der Corona-Kosten.



### **BESTELLTALON**

Ja, ich bestelle kostenlos eine Fahne.

Vorname/Name:

Strasse/Nummer:

PLZ/Ort:

Mail:

Telefon (optional):

Einsenden an: SP Schweiz, Postfach, 3001 Bern. Die Auslieferung erfolgt ab 20. Juni oder per Email an [kommunikation@spschweiz.ch](mailto:kommunikation@spschweiz.ch).